

Gedenkstätte erinnert an NS-Lager Heddernheim

Die Bauarbeiten sind bis November abgeschlossen

Auf dem Gelände des ehemaligen Arbeits- und Erziehungslagers in Heddernheim entsteht zur Zeit eine kleine Gedenkstätte, die an die Grausamkeiten, die an diesem Ort von den Nationalsozialisten begangen wurden, erinnern soll. Hier, in einer Senke zwischen Zeilweg und Oberschelder Weg wurden Menschen zusammengepfercht und gequält, die „Feindsender“ gehört oder Anti-Hitler-Parolen gemalt haben. Es war unter den vielen Fremdarbeiter-, „Ostarbeiter“- und Kriegsgefangenenlagern das einzige Gestapo-Lager auf Frankfurter Boden, in dem es auch zu Exekutionen kam.

Vor mehr als drei Jahren hatte der Ortsbeirat eine Erinnerungsstätte angeregt. Doch der Magistrat hielt den Vorschlag damals „für nicht empfehlenswert“ und wollte lieber Gras über das stadteigene Gelände wachsen lassen. Nach einem Anruf beim Stadtarchiv, daß über keine gesicherten Erkenntnisse über die Existenz des Heddernheimer Lagers verfügte, war die Angelegenheit zunächst erledigt.

Selbst die CDU-Fraktion hatte für das Anliegen des Ortsbeirates mehr Verständnis. Als die Sozialdemokraten wenig später den Antrag stellten, fundierte Forschungen über das Arbeits- und Erziehungslager in Heddernheim, aber auch

über alle anderen Lager, die es während der Nazi-Zeit gegeben hat, anzustellen, stimmten die Christdemokraten zu.

Auch waren sich die Parteien einig, daß erst nach Abschluß der Forschungsarbeiten entschieden werden sollte, welche Standorte sich für eine zentrale Gedenkstätte und andere Erinnerungsstätten eignen.

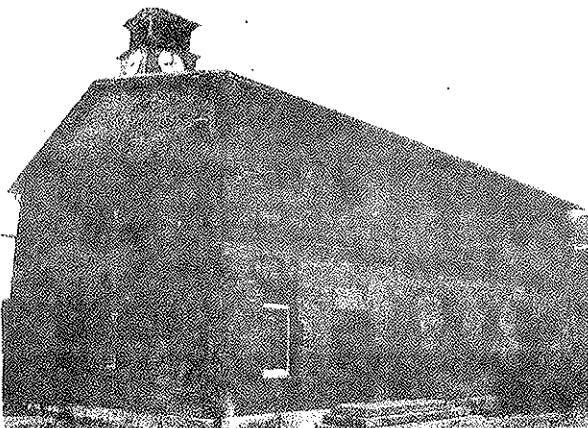
Mittlerweile sind diese Forschungen abgeschlossen. Das Ergebnis ist eine 27 Seiten lange Broschüre plus Quellenmaterial, die dieser Tage dem Kulturausschuß zugehen wird, und die anschließend jedem interessierten Bürger zur Einsicht zur Verfügung gestellt werden

(F R, 10. 10. 86)

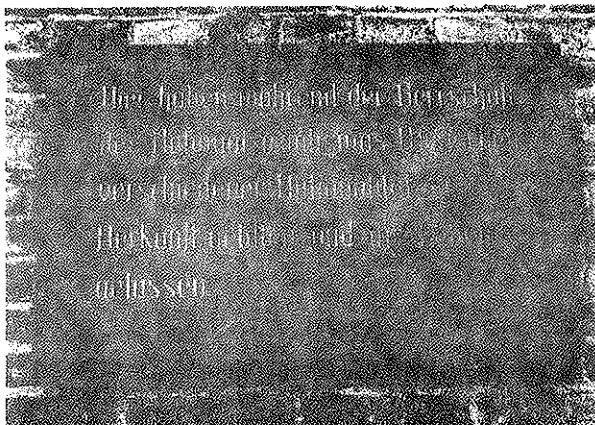
kann, wie das Kulturamt versicherte. Der Titel lautet: „Das Arbeitererziehungslager Heddernheim unter Berücksichtigung anderer Arbeitslager“. Die Broschüre wurde auf der Grundlage von Archivmaterial und Berichten von Zeitzeugen zusammengestellt.

Noch bevor die Entscheidung über die zentrale Gedenkstätte gefallen ist, soll nun in Heddernheim für rund 55 000 Mark eine Erinnerungsstätte entstehen. Vorgesehen ist, die noch vorhandenen Gemäuer, die früher vermutlich als Arrestzellen dienten, zu befestigen, Schutt und Abfall zu entfernen und die Vergitterungen an Fenster und Tür zu erneuern. Davor ist ein Platz mit zwei Bänken geplant, auf dem zwei Tafeln aufgestellt werden, die über das ehemalige Lager informieren. Die auffällige Treppe zum Zeilweg wird saniert und ein Weg angelegt. Im November sollen alle die Arbeiten, mit denen bereits begonnen wurde, abgeschlossen sein, erklärte Kulturdezernent Hilmar Hoffmann.

Für die zentrale Gedenkstätte hat der Magistrat noch keine konkreten Vorstellungen entwickelt. Hoffmann wird darüber „in nächster Zeit“ ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister Wolfram Brück führen. Die Sozialdemokraten hatten schon vor längerer Zeit das Haus in der Lindenstraße 27 vorgeschlagen, in dem während der NS-Zeit die Gestapo-Zentrale untergebracht war.



Das ehemalige Hinrichtungsgebäude im Hof der JVA bleibt nun doch erhalten und soll in Zukunft eine Gedenkstätte für die hier im „Dritten Reich“ hingerichteten Menschen beherbergen. Der dafür vorgesehene Raum wird allerdings nur begrenzt zugänglich sein.



Diese Tafel an der Außenwand des Hinrichtungsgebäudes ist zur Zeit der einzige Hinweis darauf, daß hier zwischen 1933 und 1946 über 2000 Menschen durch den Henker gestorben sind. Foto: Archiv

Proteste aus ganz Europa hatten Erfolg:

Gedenkstätte wird in der JVA eingerichtet

Die im April getroffene Entscheidung des Justizministeriums wurde erst jetzt der Öffentlichkeit bekannt

Die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Wolfenbütteler Justizvollzugsanstalt wird entgegen der ursprünglichen Planung des niedersächsischen Justizministeriums doch nicht abgerissen. Dies ist der Inhalt einer Presseerklärung des Sprechers des Fachausschusses Richter und Staatsanwälte in der OTV Niedersachsen, Dr. Helmut Kramer, und des Gewerkschaftssekretärs der OTV-Bezirksverwaltung Niedersachsen, Norbert Ohnesorg.

In einem Gespräch mit der „WZ“ erklärte Kramer am Dienstag, seiner Meinung nach sei es zu dem Sinneswandel im Justizministerium gekommen, weil massive internationale Proteste aus nahezu allen Ländern Europas unter anderem auch bei Bundespräsident von Weizsäcker eingegangen seien. Die gewerkschaftlich organisierten Juristen wollen nun im Sinne der Zusage des Bundespräsidenten vom 24. Juni, wonach „die ehemalige Hinrichtungsstätte in einen würdigen Zustand versetzt werden“ soll, auf die Landesregierung einwirken.

Eingehende Nachforschungen der „WZ“ bei den verschiedensten Stellen ergaben ein verwirrendes Bild von sehr unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden Informationen.

Dr. Manfred Endler, Pressesprecher des niedersächsischen Justizministers, erklärte am gestrigen Mittwoch, es ste-

he bereits seit Ende April fest, daß die ehemalige Hinrichtungsstätte erhalten bleibe und in einen würdigen Zustand versetzt werde.

Ein Schreiben entsprechenden Inhalts sei an zahlreiche Organisationen im In- und Ausland, die gegen den angeblich geplanten Abriss protestiert hatten, gesandt worden. Es habe sich hauptsächlich um Angehörige der damals hingerichteten und ehemalige Widerstandskämpfer gehandelt.

Im übrigen sei eine endgültige Entscheidung über einen Abriss nie gefallen. Minister Remmers sei sich der historischen Bedeutung des Ortes jederzeit bewußt gewesen, unverbindliche Erwägungen seien ausschließlich auf die Einwände der am geplanten Neubau eines Wirtschaftsgebäudes beteiligten Architekten zurückzuführen.

Diese Äußerungen Endlers stehen im Widerspruch zu dem, was im Frühling vergangenen Jahres durch mehrere überregional erscheinende Medien an die Öffentlichkeit gelangt war. So berichtete unter anderem die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 12. April 1985 unter ausdrücklicher Berufung auf das niedersächsische Justizministerium, der Abriss der ehemaligen Hinrichtungsstätte sei geplant, und möglicherweise werde später zum Gedenken an die Hingerichteten in der Anstaltskirche eine Tafel angebracht. Dafür gebe es aber noch keine konkreten Pläne.

Der Kulturausschuß der Stadt Wolfenbüttel hat sich lange Zeit vehement für den Erhalt des Gebäudes und für die

Herrichtung einer schlichten Gedenkstätte eingesetzt. Nach den Worten des Kulturamtsleiters Dieter Giesecke hatte man aber „zwischenzeitlich auch schon mal resigniert, ohne die Hoffnung völlig aufgegeben zu haben“.

Giesecke war gestern von der Mitteilung über den Erhalt des Gebäudes ebenso überrascht wie Stadtdirektor Helmut Riban, der die Tatsache als erfreulich bezeichnete, aber bisher noch nichts darüber gehört hat.

Der einzige, dem die neuere Entwicklung bekannt war, ist der Leiter der Justizvollzugsanstalt, Eike Arnold. Er bestätigte die Äußerungen Dr. Endlers und erklärte, daß er Ende April vom Justizministerium informiert worden sei und sich über die Ausgestaltung eines Gedenkraumes im Innern des historischen Gebäudes Gedanken machen sollte. Dieser Raum solle jedoch nicht für die Allgemeinheit, sondern nur für die Angehörigen ehemaliger Opfer zugänglich sein, da sonst die Arbeit in der JVA zu sehr belastet würde.

Arnold sagte gestern, er habe den Stadtdirektor am 5. Mai des Jahres darüber unterrichtet, worauf dieser die Ansicht vertreten habe, daß die von der Stadt vorgesehene Gedenktafel vor dem Haupteingang der JVA damit überflüssig geworden sei. Arnold will sich in nächster Zeit im niedersächsischen Staatsarchiv nach geeigneten Dokumenten für die Gedenkstätte im ehemaligen Hinrichtungsgebäude umsehen.

Dr. Kramer erklärte gestern, die in der Gewerkschaft OTV organisierten Juristen hätten nach einem scharfen

Angriff auf das niedersächsische Justizministerium, der im August im Mitteilungsblatt des Fachausschusses Richter und Staatsanwälte in der OTV veröffentlicht worden war, von der vor einem halben Jahr getroffenen Entscheidung für die Erhaltung des Hinrichtungsgebäudes erfahren.

Kramer sagte dazu gegenüber der „WZ“: „Ich bedaure es, daß das Ministerium – und sei es auch nur um das Gesicht zu wahren, nachdem die Peinlichkeit des Abrissvorhabens bewußt wurde – die im April getroffene Entscheidung für den Erhalt nicht der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat.“

dk

André Kaminski liest

Am morgigen Freitag, 20. Uhr, liest André Kaminski in der Buchhandlung Steuber, Am Alten Tore 5, aus seinem neuen Buch „Nächstes Jahr in Jerusalem“. In seinem ersten Roman erzählt der Autor mit viel Schwung die Geschichte seiner Vorfahren von der Jahrhundertwende bis ins Jahr 1919.

BDH hat Versammlung

Nächste Versammlung des Bundes Deutscher Hirnbeschädigter ist am Freitag, 10. Oktober, 17 Uhr, in den Räumen des Harzklubs im Schloß. Es geht um den Stand der Gesetze im Sozialrecht sowie um die Bundestagung in Hamburg. Ferner gibt es Diskussionsführungen unter den Themen „Schlösser in Frankreich“ und „Bummel durch Paris“.